



# Interviews

**Datum: 07. Juli 2024**

**Stephan Detjen im Gespräch mit Norbert Röttgen, CDU-Außenpolitiker**

***Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.***

**Detjen:** Am Mikrophon ist Stephan Detjen und Gast in diesem Interview der Woche im Deutschlandfunk ist Norbert Röttgen, Außenpolitiker der CDU, für die Union Mitglied auch im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Und wir wollen an diesem Wochenende besonders auf die internationale Politik schauen. Vielleicht kann man die Kernfrage dieses Gesprächs so formulieren: Sind die großen westlichen Demokratien und ihr Führungspersonal fit genug, um die Krisen und Herausforderungen dieser Zeit zu bewältigen? Herzlich willkommen, Herr Röttgen.

**Röttgen:** Ich grüße Sie, vielen Dank.

**Detjen:** Knapp gefragt, was ist Ihre Antwort auf die Eingangsfrage?

**Röttgen:** Die Antwort ist: nein. Wir sind in einer außergewöhnlichen historischen Phase. Führung ist das, was gefragt ist. Im Westen gibt es keine der historischen Lage angemessene politische Führung, nirgendwo, weder in Europa noch in den USA. Und wir haben jetzt zudem auch noch eine eklatante Selbstschwächung von zwei Präsidenten, die die Sache noch schlimmer macht.

**Detjen:** Damit meinen Sie wahrscheinlich Joe Biden und Emmanuel Macron in Frankreich.

**Röttgen:** Jawohl.

**Detjen:** Und in Frankreich steht jetzt an diesem Wochenende die zweite Runde der Präsidentschaftswahl an. Wenn man sich dieses Gesamtbild mal anschaut, dann ist das ja nicht ganz einheitlich. Also wir sehen sozusagen die Fitness-Krise des amerikanischen Präsidenten. Wir sehen den Vormarsch des rechtsradikalen Rassemblement National in Frankreich in Richtung Elysée-Palast. Aber wir haben jetzt auch in dieser Woche die Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich gesehen, wo die Labour-Partei gewonnen hat und sozusagen der jahrelange nationale Populismus der Konservativen wieder zurückgedrängt worden ist. Also, wenn Sie sich dieses Gesamtbild anschauen, welche Verbindungslinien sehen Sie da, können Sie da ziehen?

**Röttgen:** Also es ist kein einheitliches Bild. Da haben Sie völlig Recht. Aber es gibt gemeinsame Phänomene, die insgesamt aus meiner Sicht etwas ausmachen, was man schon beschreiben kann als eine Krise der Demokratie des Westens. Wenn Sie die USA, wenn wir dort anfangen, Sie haben dort angefangen, dann ist im Zentrum dieser Krise eine Polarisierung zwischen den Parteien, die so hasserfüllt geworden ist, die so stark von republikanischer Seite von einem Identitäts- und Wahrheitsanspruch geprägt wird, wo man keine Kompromisse mehr machen kann. Es geht um die Republik, um dieses Land. Und die einen wollen es zerstören und wir müssen es retten. Das ist das Zentrum dieser Krise in den USA, Unversöhnlichkeit. Und das produziert dann und drückt sich auch aus in diesen beiden Kandidaten, Biden und Trump, die ja von einer Mehrheit der Amerikaner nicht gewollt werden. Es drückt sich aus in der Politisierung und Polarisierung sogar des höchsten Gerichts, wie wir auch in der vergangenen Woche gesehen haben, indem dem Präsidenten in einmaliger Weise das Recht zugestanden wird, für jede Amtshandlung außerhalb und oberhalb des Gesetzes zu stehen. Das sind schon Erscheinungen, die sind zutiefst besorgniserregend.

**Detjen:** Bleiben wir vielleicht mal einfach bei den Vereinigten Staaten. Sie haben auch in Interviews schon sehr klar gesagt, wenn es nach Ihnen ginge, müsste sich Joe Biden zurückziehen aus dem Rennen, den Weg freimachen für jemand anderen. Nun wird er nicht auf Norbert Röttgen hören. Was ist jenseits dieser grundsätzlichen Polarisierung, Spaltung der amerikanischen Gesellschaft im System, auch, wenn man auf eine Partei schaut, wie die demokratische Partei, auf ihre Entscheidungsgremien, auf ihre Führungsprozesse, das Problem, das da im System dieser großen, wichtigen westlichen Demokratie deutlich wird?

**Röttgen:** Da sind mehrere Phänomene. Ich glaube, dass in den USA zwei Phänomene zusammenkommen. Das eine ist, dass sehr viele, zu viele Menschen in den USA sich vergessen sehen, vergessen fühlen von der Politik. Das ist das Nicht-kümmern um die ehemaligen Industrieregionen des Landes, die einfach liegengelassen worden sind. Es ist zweitens aus meiner Sicht der Faktor Geld, das enorme, viele Geld, das im politischen System der USA so bestimmend ist – wirklich ein korrosiver Faktor. Und dann gibt es immer mehr Radikalisierung auch in der Gesellschaft, die sich aus der wirtschaftlichen Lage ergeben hat, auch aus schweren Fehlentscheidungen der politischen Führung, mehrere falsche Kriege, die geführt worden sind, die zu einer Delegitimierung von Politik geführt haben. Und diese Unzufriedenheit, dieses Gefühl, diese Einschätzung, ich werde mit meiner Lebenssituation, mit meinen Sorgen, mit meinen Ängsten nicht mehr repräsentiert, das hat, glaube ich, dazu geführt, dass diejenigen, die ein einfaches Angebot machen, die sagen, wir holen die Vergangenheit wieder zurück – „Make America Great Again“ – mit einfachen Angeboten, die

alle falsch sind und einfachen Beschreibungen, wie es zu lösen ist, statt der Kompliziertheit, die haben Auftrieb bekommen. Und mit diesem Versprechen, mit dieser Hoffnungsprojektion, die viele in Trump und dieses Lager richten, glaube ich, wird die Situation immer noch radikalisiert und immer mehr polarisiert.

**Detjen:** Ist das eine Erklärung, dieser Blick auf die Gesellschaft, auf die politischen Spaltungen in der Gesellschaft, eine Analyse, die man so auch auf Frankreich, auf die französische Gesellschaft und das französische Präsidialsystem übertragen kann? Auch da ist es ja so, dass wir jetzt diesen Sieg des Rassemblement National in der ersten Runde der Parlamentswahlen nicht über Nacht erlebt haben. Das hat sich angekündigt. Es hat gewalttätige Proteste gegeben, die Gelbwestenproteste letztes Jahr, gewalttätige Proteste auf den Straßen. Und angeknüpft auch die Frage, das wäre ja die nächste wirkliche Änderung auch für Deutschland, die wir erleben könnten, dass da ein Ministerpräsident des Rassemblement National, Jordan Bardella, der nächste Partner auch der deutschen Bundesregierung wird. Was würde das bedeuten?

**Röttgen:** Ich glaube, dass es diese Parallelen gibt. Was wir überall sehen, ist die Erosion der Mitte. In den Zweiparteiensystemen, also wie den USA, übrigens auch dann in Großbritannien, drückt sich die Erosion der Mitte in der Radikalisierung der einen der beiden Parteien aus. Also die republikanische Partei heute hat ja nichts mehr mit der republikanischen Partei etwa von George Bush dem Älteren zu tun. Oder die Tories von heute in ihrer Radikalisierung haben ja nichts mehr mit den Tories von John Major zu tun oder anderen Gestalten, die wir aus der Vergangenheit kennen. Und in den Systemen mit Verhältniswahlrecht kommt es zu einer Fragmentierung der politischen Landschaft, zur Neubildung von Parteien, die populistisch und extrem sind. Und damit sind wir etwa auch in Frankreich bei dem Rassemblement National ...

**Detjen:** Also, es hat ja, wenn ich unterbrechen darf, in Frankreich Macron auch mit seiner Partei, die auch mal als Bewegung der Mitte, als vereinende Bewegung der Mitte war, versucht Zerstörung von Parteien, auch der Konservativen in Frankreich ...

**Röttgen:** Das stimmt, ja.

**Detjen:** ... mit dem Versuch, in der Mitte diese Erneuerung zu schaffen.

**Röttgen:** Unbedingt. Das ist hochinteressant, dass Sie diese Parallele ziehen, genau. Macron war der zunächst mal erfolgreiche Versuch, die Neugründung der Parteienlandschaft in Frankreich aus der Mitte heraus zu machen. Und die Franzosen haben ihm diesen Kredit gegeben. Das hat zunächst mal kollateral zu einer, wie soll

man das ... Selbstzerstörung der traditionellen Parteien geführt. Die heutigen Républicains, früheren Gaullisten sind ein Schatten ihres früheren Daseins. Die Parti socialiste, die sozialistische Partei genauso, eine Kleinpartei geworden und stattdessen wurde diese Sammlungsbewegung in der Mitte gewählt und ihr Vertrauen gegeben. Und das, was jetzt Macron am Ende erzeugt hat, ist enorme Enttäuschung. Er ist extrem unbeliebt. Er ist isoliert. Er trifft einsame Entscheidungen, wie auch jetzt auf einmal das Parlament aufzulösen. Macht damit alles noch viel schlimmer. Also es ist in Macron persönlich, aber auch mit der Stabilisierung und Neugründung des politischen Systems aus der Mitte heraus ein ganzes, großes, hoffungsvolles Kapitel jetzt schon gescheitert und nach dem Scheitern und der Enttäuschung geben die Franzosen entweder den Rechtsextremen oder den Linksextremen in der Summe jetzt 60 Prozent ihr Vertrauen. Dann habt ihr jetzt eine Chance, es besser zu machen.

**Detjen:** Jetzt würden viele wahrscheinlich sagen, in dem Moment, als Macron bei den Franzosen noch ziemlich viel Kredit hatte, waren es die Deutschen, die ihm diesen Kredit nicht gegeben haben, also seine Reformbemühungen für Europa, wo es ja auch darum ging, Europa fit zu machen für die Herausforderungen und Krisen dieser Zeit, um noch mal zur Eingangsfrage zurückzukommen, da kam aus Deutschland von einer unionsgeführten Regierung, von Angela Merkel, keine Antwort. Man hat Macron hängenlassen. Wie sehen Sie das im Rückblick?

**Röttgen:** Ja, Sie haben Recht. Ich stimme Ihnen zu. Es wäre schon deutlich früher ein deutsch-französischer, europäischer Impuls notwendig gewesen für Wachstum, für Sicherheit in Europa, was beides die Nationalstaaten nicht mehr können. Macron hat das immer sehr stark französisch geprägt vorgetragen dahinter. Und es schwang immer deutlich mit, wie er sich Führung in Europa vorstellt, nämlich französisch. Das ist klar. Aber man hätte das in einen Kompromiss einführen müssen und auch können. Und das zählt zu den vergeudeteten Kapiteln und Möglichkeiten der jüngeren europäischen Geschichte. Also ich teile diese Kritik.

**Detjen:** Jetzt ist es möglicherweise zu spät. Nehmen wir mal an – das ist ja nicht die einzige Option – es kommt zu einer Regierung unter Führung der Rechtspopulisten, der Rechtsextremen unter Jordan Bardella, was heißt das dann für die deutsch-französische Zusammenarbeit, auch für Europa? Die hängt ja nicht nur an Personen. Da gibt es eine Menge institutionelle Verflechtungen, deutsch-französische parlamentarische Versammlung. Da gibt es wichtige gemeinsame Rüstungsprojekte, wo Verträge geschlossen sind. Würden Sie davon ausgehen, das geht dann auf der Ebene schon irgendwie so weiter? Oder wäre das dann wirklich eine tiefe, zerstörerische Zäsur für das deutsch-französische Verhältnis und für Europa?

**Röttgen:** Sie haben Recht. Das Verhältnis von Deutschland und Frankreich ist so tief, so vielfältig, ist durch ein so starkes Netz miteinander verbunden, dass auch solche Krisenzeiten, die aber jetzt in Frankreich da ist, überstanden werden. Da bin ich ziemlich sicher. Gesellschaftlich, kulturell, durch ganz viele individuelle Beziehungen, ökonomisch, wirtschaftlich natürlich und auch in anderen Fragen. Das wird bleiben. Aber was wir haben werden, ist eine enorme Selbstschwächung Frankreichs. Der Präsident ist in seiner Autorität massiv geschädigt im Land. Und das ist dann auch der Fall für sein außenpolitisches Agieren. Sie können ja nicht im Land einen Scherbenhaufen anrichten und nach außen glauben, noch eine starke Rolle zu spielen. Und bei den Anforderungen, die wir haben, wir haben gleichzeitig Krieg in Europa, brauchen wir gerade die großen Staaten Europas. Und das ist fatal, hat fatale Auswirkungen und bedeutet in der unvermeidlichen Konsequenz für Deutschland, dass jetzt eine – und ich sage es jetzt auch mit Bedacht und bewusst, habe es oft und auch lange vermieden – eine Führungsrolle Deutschlands unersetzbar und notwendig ist.

**Detjen:** Was heißt das konkret? Auch angeschlossen, kann Deutschland das kompensieren, indem es die Möglichkeiten nutzt, die ja jetzt da sind verstärkt mit dem Vereinigten Königreich außerhalb der EU, zumindest zunächst mal, aber innerhalb der NATO, im Rahmen der engen Partnerschaften verstärkt zusammenzuarbeiten und auch mit Polen? Wir haben jetzt Anfang der zurückliegenden Woche die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen erlebt. Auch da ist ja die nationalpopulistische PiS-Regierung abgewählt worden. Also, parallel zu den Szenarien in Frankreich, in den USA, über die wir sprechen, sehen wir eben auch diese andersartigen Tendenzen.

**Röttgen:** Ja. Eine der Konsequenzen sollte sein, dass wir ganz flexibel in neuen, zwischenstaatlichen Kooperationsformen uns zusammenschließen und eine gemeinsame Politik verfolgen. Das bedeutet dann aber auch einen Politikwechsel dieser Regierung. Die osteuropäischen Staaten, die baltischen Staaten, bis hin zu Polen, also sozusagen an der Ostflanke zu Russland, haben ja jüngst erst eine Initiative gestartet, dass man diesen Verteidigungsgürtel an der Ostflanke stärkt und das auch gemeinsam tut. Das ist von Bundeskanzler Scholz prinzipiell eindeutig zurückgewiesen worden, abgelehnt worden. Das Gegenteil müssten wir machen. Wir brauchen jetzt diese Kooperationen, diese gemeinsame Sicherheit.

**Detjen:** Diese Kooperationen, wenn ich unterbrechen darf, die ja dann immer auf Kosten der Gemeinsamkeit in der Europäischen Union gehen. Wenn ich das richtig verstehe, sind das die Formen, die die EU ja auch erlaubt, verstärkte Zusammenarbeit von EU-Staaten oder eben auch mit Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien. Aber das sind dann eben neue Strukturen. Das ist nicht mehr besetzt, der CDU-Politiker

Norbert Röttgen, jetzt nicht mehr, wie das eigentlich die Tradition ist, allein auf die EU.

**Röttgen:** Also, ja, das ist meine Meinung. Allerdings, die Initiative, auf die ich mich gerade bezogen habe, war eine Initiative, diese Politik zur Agenda der nächsten fünf Jahre, der neuen Amtsperiode der Kommission der europäischen Organe zu machen. Es sollte also eine EU-Politik werden, auch EU-finanziert, also auch durch gemeinschaftliche Ausgaben finanziert, das zu tun. Und das hat Scholz abgelehnt. Aber meine persönliche Auffassung ist in der Tat, dass wir jetzt zügig, flexibel und schnell agieren müssen. Und darum glaube ich, ist das, was man intergouvernementale Zusammenarbeit nennt, jetzt, glaube ich, das Handlungsprinzip der Stunde. In der EU sind die Differenzen auch massiv. Wir haben immer Orbán dabei. Wir haben erhebliche Interessenunterschiede. Und darum ist die Möglichkeit, sich doch zu einigen, sehr schwierig. Und ich glaube, was viel schneller möglich ist, wenn und falls es eine deutsche Initiative gibt, dass wir solche Regierungskooperationen hinbekommen. Und natürlich steht jetzt vor allen Dingen die Sicherheit Europas ganz, ganz vorne. Und da ist Deutschland besonders gefragt, weil neben allem Politischen wünschenswert ist, Polen, die baltischen Staaten dabei zu haben, ist natürlich unsere ökonomische Kraft unvergleichbar größer und wir müssen sie einsetzen, weil es um Sicherheit und Frieden geht.

**Detjen:** Orbán, weil Sie den erwähnt haben, das muss man vielleicht hinzufügen, der jetzt, während wir – es ist jetzt Freitagmittag – hier im Deutschlandfunk-Hauptstadtstudio zusammensitzen mit Norbert Röttgen, dem CDU-Außenpolitiker, Viktor Orbán, der wahrscheinlich genau in diesem Moment bei Wladimir Putin im Kreml am Tisch sitzt.

**Röttgen:** Ja.

**Detjen:** Sie haben den Haushalt oder die Wirtschaftskraft Deutschlands angesprochen. Das lenkt den Blick auf das andere Thema dieser Woche. Gerade, als Sie reinkamen, lief hier bei uns im Haus der Bundespressekonferenz noch die Pressekonferenz der Spitzen der Ampelkoalition. Der Bundeskanzler, der Finanzminister Christian Lindner und der Vizekanzler Robert Habeck saßen da, haben den Haushalt vorgestellt. Wir kennen da noch nicht alle Details, aber klar ist, ein Teil des Geldes, mit dem die Lücken geschlossen wurden, wurde auch aus dem Verteidigungsetat entnommen. Da wurde noch mal Geld, wurden noch mal mehrere Milliarden abgezweigt, ein paar Tage, bevor der Kanzler zum NATO-Gipfel nach Washington reist. Was heißt das und ist damit jetzt schon die Weiche gestellt, dass die nächste dann möglicherweise CDU-geführte Regierung als erste Amtshandlung Schulden aufnehmen muss und ein neues Sondervermögen für die Bundeswehr gründen muss?

**Röttgen:** Also zunächst mal zu der Pressekonferenz, die gerade zu Ende gegangen ist, die ich mir angeschaut habe. Ich habe in meinem politischen Leben einen derartig dreisten Versuch, die Öffentlichkeit zu täuschen, noch, glaube ich, nicht erlebt.

**Detjen:** Warum?

**Röttgen:** Es wurde ja vorgegeben, dass eine Einigung vorhanden ist und peu à peu kam raus, dass ein zweistelliger Milliardenbetrag völlig ungeregelt ist, und dass die Zahlen noch gar nicht daliegen, und dass von einer Einigung, wie nun konkret dieser Haushalt aussieht, man noch weit entfernt ist. Es wird ja und wurde gestritten, Wochen und Monate über Einsparungen, wie die Schuldenbremse einzuhalten ist. Und sie verkünden lauter Wohltaten und sprechen nicht an einer einzigen Stelle über Einsparungen, die gemacht worden sind. Und auch beim Thema Verteidigung wurde ja gesagt, wir halten die zwei Prozent ein, also eine positive Botschaft, aber nur, weil das Sondervermögen nun in den Haushalt transferiert wird und nur durch die Nutzung dieses einmaligen Sondervermögens erhält man das. Das heißt, eine Priorität Sicherheit, so viel kann man schon sagen, bei aller Ungenauigkeit und Uneinigkeit, die fortbesteht, das ist ja die Wahrheit des heutigen Tages, kann man sagen, Verteidigung ist jedenfalls keine Priorität. Die Kindergrundsicherung, auch das wurde nicht gesagt, scheint aber tot zu sein. Stattdessen gibt es fünf Euro mehr Kindergeld. Herr Habeck sagt dann, Kinder stehen bei uns im Zentrum der Politik und es gibt fünf Euro mehr Kindergeld. Und damit sind wir genau bei dem Punkt, wo wir unser Gespräch gestartet haben. Zu glauben und sich so zu verhalten, als würden die Bürger sich für dumm verkaufen lassen, ist eine Arroganz, die langsam systemgefährdend wird, denn die Bürger sind nicht dumm. Sie verstehen ganz genau, was stattfindet und werden für dumm verkauft. Das ist ganz, ganz gefährlich für unsere Demokratie. Und auch international wird gemerkt, natürlich wird man beobachten, dass Deutschland sich für die Sicherheitslage, den Krieg und das, was wir tun müssen, um ihn zu beenden, nicht rüstet – im Sinne des Wortes. Wir brauchen eine ganz andere Art der Aufrüstung, um Frieden wiederherzustellen.

**Detjen:** So, aber weil Sie Wahrheit eingefordert haben, gehört zu dieser Wahrheit, spätestens eine neue Bundesregierung wird ein neues Sondervermögen für die Bundeswehr brauchen, um diese Ziele zu erreichen und leitet sich daraus dann nicht ab, dass die Union, statt zu sagen, wir reichen die Hand zu keinen neuen Grundgesetzänderungen, zu keinen Kooperationen in diese Richtung, nicht schon jetzt die Signale hätte setzen müssen? Wir wissen, dass das Geld nicht aus dem Haushalt genommen werden kann. Wir wissen, dass faktisch neue Schulden gemacht werden müssen, um diese Sicherheitsversprechen einzulösen.

**Röttgen:** Dass die Union jetzt als Opposition in einer Zeit, während die Regierung selbst überhaupt keine Aussagen machen kann über ihren eigenen Haushalt, sozusagen anbietet, können wir euch irgendwie helfen, das finde ich jetzt, ist keine Politik ...

**Detjen:** Na, es geht ja nicht um das Angebot, sondern Friedrich Merz hat gesagt: Keine Grundgesetzänderung, keine neuen Sondervermögen.

**Röttgen:** Ja, aber das sagt der amtierende Finanzminister, dass das nicht infrage kommt, dass man es nicht braucht. Er unterlegt es zwar nicht, aber das ist die Aussage des amtierenden Finanzministers.

**Detjen:** Dann hätte es ja umso mehr der Oppositionsführer sagen können, wenn es die Wahrheit ist.

**Röttgen:** Ja. Aber ich glaube, aber in dieser ... ich finde, da muss man in dieser Situation ... bei diesem Verhalten der Regierung kann man jetzt nicht erwarten, dass es die Opposition ist, die sagt, können wir euch irgendwo helfen. Aber das entledigt uns natürlich nicht von der Beantwortung der Sachfrage, die Sie zu Recht stellen. Und das ist die Frage, wenn Sicherheit Priorität hat, dann muss sie sich ja auch im Haushalt ausdrücken. Da haben Sie Recht, das ist gegenwärtig nicht der Fall. Und darum brauchen wir ganz andere Finanzmittel und wir brauchen aber in Kombination ...

**Detjen:** Sprich ein neues Sondervermögen.

**Röttgen:** ... und in Bedingung dazu eine andere Struktur des Bundeshaushaltes. Ich glaube, diese Verbindung ist entscheidend, dass wir neue Mittel brauchen, weil sie nicht da sind, auch nicht aus dem laufenden Haushalt generiert werden können und in einer zwingenden Verbindung dazu den Einstieg in eine Strukturreform des Bundeshaushaltes, der so, wie er heute ist, für die ernstesten Zeiten, in denen wir jetzt schon sind, nicht die notwendigen Möglichkeiten bietet.

**Detjen:** Was heißt das alles für den Konflikt, für den Krieg in der Ukraine? Wenn Wladimir Putin gerade mit Orbán zusammensitzt, den amtierenden Ratspräsidenten der Europäischen Union bei sich am Tisch hat, die Krisenphänomene in den großen westlichen Demokratien sieht, über die wir gesprochen haben, den Haushaltsabschluss der Spitzen dieser Koalition sieht, kann er sich da zurücklehnen und sagen, das Spiel auf Zeit, das er spielt, ist faktisch schon gewonnen und damit auch der Krieg in der Ukraine?

**Röttgen:** So weit wird er, glaube ich, nicht gehen, denn die militärische Lage ist auch für Russland ja völlig anders, als Putin jemals gedacht hat. Er ist enorm unter Druck.

Mehr oder weniger seine halbe Armee ist zerstört. Das ganze Land ist auf Kriegswirtschaft eingestellt. Er ist auch steckengeblieben. Also darum ist für Putin die Lage alles andere als rosig. Aber er registriert in der Tat die fortschreitende Selbstschwächung des Westens. Er registriert die Lage in Washington mit Präsident Biden. Er sieht, was ein großes Land durch den eigenen Präsidenten Macron in Frankreich anrichtet. Er heißt willkommen das Trojanische Pferd der Europäischen Union, Viktor Orbán, der ein Teil der EU ist, im Moment die Ratspräsidentschaft innehat und gleichzeitig Putins Agent ist. Und er trifft sich jetzt mit seinem Auftraggeber in Moskau. Das sieht er ja alles. Und das ist eine große Ermutigung für Putin, weiterzumachen, dranzubleiben. Er sieht, dass die deutsche Regierung nicht entschlossen ist, sondern halbherzig ist, sich auch jetzt keine Veränderung einstellt. Und Xi Jinping sieht es genauso mit Wohlwollen. Beide sehen, die Demokratien werden immer schwächer, vielleicht noch mehr, als wir gedacht haben. Sie sollten sich nicht irren darin, was Demokratien aufbringen können. Aber unsere Trägheit, unsere Langsamkeit und die Selbstschwächung sind extrem gefährlich. Und in dieser Art der Präsentation und der Selbstschwächung ist es natürlich für Putin völlig klar, weiter auf Krieg zu setzen. Und er erhofft sich mit Krieg noch sehr erfolgreich zu sein in seinen Ambitionen.

**Detjen:** Was heißt das dann für einen Außenpolitiker, für eine Außenpolitik, die Wahrheit verspricht? Heißt das dann nicht, dass man sagen muss, es muss sich auch am westlichen Kurs mit Blick auf diesen Krieg was ändern, man muss einen Weg finden, aus der militärischen Unterstützung stärker herauszukommen? Man wird sie sowieso nicht so aufrechterhalten können, wie man das im Augenblick in Aussicht stellt und muss auf Verhandlungen, viel stärker auf ein baldiges Ende dieses Konfliktes zu möglichst guten Konditionen drängen?

**Röttgen:** Es heißt das Gegenteil. Es wird am Ende in diesem Krieg nur eine politische Lösung geben, keine Frage. Aber um eine politische Lösung erreichen zu können, müssen militärische Voraussetzungen erfüllt werden. Wir brauchen und müssen erreichen und können übrigens erreichen, dass die Ukraine die militärische Oberhand gewinnt.

**Detjen:** Aber sind diese Voraussetzungen denn noch gegeben? Wir können auch den G7-Beschluss anschauen, Mitte Juni, der G7, die gesagt haben, wir schieben noch mal 50 Milliarden für die Ukraine rüber, die sie verwenden können, weitgehend nach freiem Ermessen, auch für die Verteidigung. Aber auch dieses Geld ist ja noch nicht da. Das ist ähnlich wie der Haushalt. Die Versprechen und die ganze Technik, wo das Geld herkommt, weiß noch niemand.

**Röttgen:** Genau. Sie haben Recht. Der Westen tut das nicht. Es wäre uns natürlich möglich, mit unseren ungleich höheren finanziellen Mitteln, als sie Putin und Russland zur Verfügung stehen, die Ukraine so auszustatten, etwa mit Drohnen auszustatten, dass sie viel effektiver agieren könnte. Das wäre uns möglich, aber im Westen fehlt es an diesem politischen Willen – in Washington, in Berlin und über andere Hauptstädte muss man jetzt kaum noch sprechen. Aber Sie haben ja gesagt: Was ist die Konsequenz? Die Konsequenz ist, dass wir diesen Willen brauchen. An diesem Willen hängt die Wiederherstellung von Frieden in Europa. Und es muss irgendwann mal eine der maßgeblichen Regierungen diesen Zusammenhang auch praktizieren.

**Detjen:** Herr Röttgen, vielen Dank.

**Röttgen:** Ich danke Ihnen sehr, Herr Detjen.